

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 10.07.2007

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Frau Ewert, Frau Dr. Bergner, Herr Godenrath, Herr Dr. Meerheim, Herr Prof. Ehrler, Herr Misch und Herr Geier.

Durch einige Mitglieder wurde stark kritisiert, dass die Vorlage Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung erst am 05.07.2007 durch die Verwaltung versendet wurde. Es werde nicht mehr akzeptiert, dass „Vorhaltetagesordnungspunkte“ in die Tagesordnung aufgenommen und die Vorlagen dann später versandt werden. Eine solche Regelung sehe die Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse nicht vor. Entweder die Vorlagen werden fristgerecht überstellt oder als Dringlichkeitsvorlagen eingereicht.

Um die Vorlage nicht in ihrer Beratungsfolge zu verzögern sprachen sich mehrere Mitglieder dafür aus, dass diese, obwohl sie nicht durch den Kulturausschuss beschlossen wurde, in der heutigen Sitzung beraten wird. Die Verfahrensweise der Information des Kulturausschusses wurde als nicht ausreichend eingeschätzt. Besser wäre ein ordentlicher Beschluss gewesen.

Da der Aufnahme des vorgenannten Tagesordnungspunktes durch Herrn Weiland widersprochen wurde, stellte Herr Geier folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wird gebeten, den Tagesordnungspunkt:

Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung
Vorlage: IV/2007/06559

als Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmung des Antrages:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 19.06.2007
4. Vorlagen
- 4.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG - Vorlage: IV/2007/06572
- 4.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH - Vorlage: IV/2007/06573
- 4.3. Feststellung Jahresabschluss 2006 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH - Vorlage: IV/2007/06569
- 4.4. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2007/06570
- 4.5. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06563
- 4.6. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: IV/2007/06524
- 4.7. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in der vorläufigen Haushaltsführung für das internationale Theaterfestival "Theater der Welt"
Vorlage: IV/2007/06574
- 4.8. Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008 - Vorlage: IV/2007/06562
- 4.9. Quartalsmäßige Analyse Verwaltungshaushalt zum Erfüllungsstand 30.06.2007
Vorlage: IV/2007/06635
- 4.10. Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung - Vorlage: IV/2007/06559

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen - Vorlage: IV/2007/06280
 - 5.2. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße - Vorlage: IV/2007/06418
 - 5.3. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum Sozialticket
Vorlage: IV/2007/06416
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am
19.06.2007**

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.06.2007 wird genehmigt.

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: IV/2007/06572**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Godenrath, Frau Wolff und Herr Götte.

Herr Götte führte aufgrund von Anfragen aus, dass es bezüglich der Ansiedlung von Firmen zurzeit vielversprechende Anfragen gebe und er aktuell auf einen Entscheidungsfortschritt warte. Nähere Aussagen könne er im öffentlichen Teil diesbezüglich nicht treffen. Weiterhin erläuterte er, dass eine Wertberichtigung notwendig geworden sei und die Verhandlungen zum Abschluss eines Memorandum of Understanding zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH und der Stadt Halle (Saale) zurzeit nicht weitergeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.06.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	5.942.572,53 €
Die Bilanzsumme beträgt	17.557.280,19 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.942.572,53 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**zu 4.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungs- und
Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2007/06573**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.06.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	20.074,98 €.
Die Bilanzsumme beträgt	333.024,19 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.074,98 € und der Verlustvortrag in Höhe von 49.206,00 € werden mit der Kapitalrücklage verrechnet.

zu 4.3 Feststellung Jahresabschluss 2006 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH - Vorlage: IV/2007/06569

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 24.04.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt:	6.120.210,70 €.
Die Bilanzsumme beträgt:	365.874.290,19 €.

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsgemäßen Rücklagen wird der Bilanzgewinn in Höhe von 5.508.189,63 € der anderen Gewinnrücklage zugeführt.
3. Der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Herrn Udo Mittinger (01.01.2006 bis 31.05.2006) und Frau Jana Kozyk (01.06.2006 bis 31.12.2006) wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

zu 4.4 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau - Vorlage: IV/2007/06570

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- I. Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:
 1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 05. April 2007 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	1.451.618,37 €.
Die Bilanzsumme beträgt	81.884.989,81 €.
 2. Der Jahresüberschuss ist mit dem Verlustvortrag in Höhe von 2.910.815,64 € zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.
 3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
- II. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

**zu 4.5 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06563**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Godenrath, Herr Dr. Pohlack und Herr Fritschek.

Herr Fritschek führte aus, dass die Betreuung der Cafeteria zurzeit noch nicht vergeben ist.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Brennecke & Wodausch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 27.04.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	113.248,30 €.
Die Bilanzsumme beträgt	30.734.252,17 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 113.248,30 € wird auf das Jahr 2007 vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

**zu 4.6 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 für den Eigenbetrieb
 Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: IV/2007/06524**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Godenrath und Herr Geier.

Herr Geier sagte zu, den Stellenplan entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“, den Wirtschaftsplan für das Jahr 2007.

Die Betriebsleitung wird den vorliegenden Wirtschaftsplan für 2007 umgehend an die Erfordernisse des Grundsatzbeschlusses (Vorlage-Nr.: IV/2007/06579) anpassen und entsprechend fortschreiben.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:

VerwHH :	1.8430.71500	1.901,0 T€
	Mietausgaben der UA an ZGM (531010, 531020, 531030)	31.913,1 T€
VermHH :	Investzuschuss an ZGM	3.890,1 T€

**zu 4.7 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in der
 vorläufigen Haushaltsführung für das internationale Theaterfestival
 "Theater der Welt" - Vorlage: IV/2007/06574**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Mehrausgabe für die Durchführung des internationalen Theaterfestivals „Theater der Welt“ in Höhe von 350.000 EUR in der Haushaltsstelle 1.3311.715100 (Zuschuss Theater der Welt).

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen als Zuweisung vom Land in Höhe von 300.000 Euro sowie als Zuweisung durch die Kunststiftung des Landes in Höhe von 50.000 Euro.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH :	Mehrausgabe	
	1.3311.715100	350.000 Euro
	Mehreinnahme	
	1.3311.171000	300.000 Euro
	1.3311.178000	50.000 Euro

zu 4.8 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2007/06562

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Frau Wolff, Herr Godenrath, Frau Ewert, Herr Geier, Frau Gruß und Frau Hock.

Herr Geier erläuterte ausführlich die Vorlage. Aufgrund von Anfragen führte er aus, dass bezüglich des Haushaltsplanes für 2007 noch keine Genehmigung der Kommunalaufsicht vorliege. Es wurde darum gebeten, bei neuen Erkenntnissen, diese in der Stadtratssitzung am 18.07.2007 mitzuteilen. Die avisierten Zinshilfen des Landes wurden im Jahr 2008 eingeplant. Wenn diese für das Jahr 2007 gezahlt werden, würden sie auf das Jahresergebnis verbessernd wirken. Im Verlauf der Diskussion wurden folgende Themen beraten: Personalkosten, Entwicklung ÖPNV-Zuschuss, Änderungen FAG, Stand der einheitlichen Förderrichtlinie der Stadt, Wirkung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung und die Prioritätenliste. Bezüglich der Risikoabwägung machten Herr Geier und Frau Gruß deutlich, dass die Planung nicht unnötig vorsichtig vorgenommen wurde, aber Risiken, wie z. B. die Unternehmenssteuerreform, im Auge behalten werden müssen.

Herr Geier sagte eine Zuarbeit bezüglich der Entwicklung des Einkommenssteueranteils und der Finanzzuweisungen zu.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Verwaltungshaushalt

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2008 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, dessen Fehlbedarf **14,7 Mio. Euro** nicht überschreiten darf. Der ursprünglich in der Finanzplanung 2007 für 2008 vorgesehene Fehlbedarf in Höhe von 14,9 Mio. Euro wird somit um 0,2 Mio. Euro gesenkt. Der Entwurf ist an den strategischen Zielen zu orientieren.

2. Vermögenshaushalt

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2008 mit dem Investitionsprogramm bis 2011 nach den definierten Prioritäten aufzustellen. Die Haushaltsjahre 2008 und 2009 sind ohne eine Neuaufnahme von Krediten zu planen.

zu 4.9 Quartalsmäßige Analyse Verwaltungshaushalt zum Erfüllungsstand 30.06.2007 Vorlage: IV/2007/06635

Herr Geier bot an, für die Beantwortung von Rückfragen gern zur Verfügung zu stehen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nahmen die quartalsmäßige Analyse des Vollzuges des Verwaltungshaushaltes zum Erfüllungsstand 30.06.2007 zur Kenntnis.

zu 4.10 Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung Vorlage: IV/2007/06559

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Bergner, Herr Godenrath, Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Geier und Herr Dr. Adlung.

Durch die CDU-Ratsfraktion wurde an Herrn Dr. Adlung ein zweiseitiger Fragenkatalog übergeben. Dieser diene zur Präzisierung und Klarstellung der Vorlage. Herr Dr. Adlung führte aus, dass er in der Lage sei, 2/3 der Fragen sofort mündlich zu beantworten. Außerdem bekräftigte er, dass die Satzung mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt worden sei.

Da den anderen Mitgliedern die Fragestellungen nicht vorlagen und durch Herrn Dr. Adlung in der heutigen Sitzung aufgrund der Kürze der Bearbeitungszeit nicht alle Fragen beantwortet werden können, wurde der Beschluss der Sondersitzung gefasst.

Die Anregung auf eine gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss wurde nicht umgesetzt, da es sich um Satzungs- und Beteiligungsfragen handele, für die der Kulturausschuss nicht zuständig sei.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss in modifizierter Form:

Die Verwaltung wird gebeten, die durch die CDU-Ratsfraktion Halle (Saale) übergebenen Fragen zu prüfen, mit dem Landesverwaltungsamt und der BMA zu erörtern, schriftlich zu beantworten und das Ergebnis den Stadtratsfraktionen vor ihren Sitzungen am 16.07.2007 (spätestens 15:00 Uhr) zuzuleiten.

Der Ausschuss führt am 18.07.2007, 13:00 Uhr, eine Sondersitzung zur Thematik durch.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen,
Plätzen und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: IV/2007/06280**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erklärte sich für die Behandlung des Antrages für nicht zuständig.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße
Vorlage: IV/2007/06418**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erklärte sich für die Behandlung des Antrages für nicht zuständig.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zum Sozialticket
Vorlage: IV/2007/06416**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Frau Wolff, Herr Misch, Herr Koehn, Frau Dr. Bergner und Herr Geier.

Intension des Antrages sei es, dass keine zusätzlichen Kosten auf die Stadt Halle (Saale) zukommen.

In der Stadt Leipzig wurde ein ähnlicher Antrag gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss in modifizierter Form:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bittet die Verwaltung um Prüfung, welche Auswirkungen die Umsetzung des folgenden Beschlusses auf die HAVAG, den MDV und die Stadt Halle (Saale) hätte.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein Sozialticket für den öffentlichen straßen- und schienengebundenen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) für Bürger der Stadt Halle (Saale) zum Einföhrungstermin 01.01.2008 vorzubereiten und umzusetzen.
2. Das Sozialticket hat eine Gültigkeit analog der Monatskarte „Jedermann“ der Tarifzone 210 „Stadt Halle (Saale)“ des MDV.
3. Zugangs- und empfangsberechtigt sind Bürger mit Hauptwohnsitz in der Stadt Halle (Saale), welche Leistungen nach SGB II – ALG II – oder dem vergleichbare staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten.
4. Die Höhe des Sozialtickets entspricht maximal dem im Regelsatz ALG II für Erwachsene (§ 20 Abs. 2 – 3 SGB II) vorgesehenen theoretischen Betrag für Mobilität. Grundlage für die Berechnung ist die aktuelle Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung – RSV).
5. Für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wird ein Sozialticket im adäquaten Wert der Abstufung des Regelsatzes nach § 28 Abs. 1 SGB II „Sozialgeld“ gewährt.
6. Detaillierte Regelungen werden dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in Form einer entsprechenden Satzung oder gleichwertigem Stadtrecht spätestens im Oktober 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Veränderungen bei der Verteilung der FAG-Leistungen

Herr Godenrath bat um eine Information, ob es zu Veränderungen bei der Verteilung der FAG-Leistungen durch den Zusammenschluss von Dessau und Roßlau kommen könne. Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Konzert Laut gegen Nazis

Herr Godenrath übergab im Vorfeld der Sitzung (am 06.07.2007) Anfragen an die Verwaltung. Diese konnten in der Kürze der Zeit nicht umfassend beantwortet werden. Herr Godenrath ergänzte die Fragen und bat um Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 18.07.2007.

Vertrag mit STROER

Auf Nachfrage von Herrn Weiland informierte Herr Dr. Pohlack, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien und der Vertrag zusagegemäß nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt werde.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 9 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin